



# Antifaschistische Bochumer Blätter

Nr. 2/2015

Information der VVN - Bund der Antifaschist\*innen

## Jüdische Kaufleute

### Stele in Langendreer

Vor dem Haus Alte Bahnhofsstr.174, bis zur Befreiung vom Faschismus Kaiserstraße, steht die 4. Stele, die an Leben und Sterben Bochumer jüdischer Mitbürger\*innen erinnern soll.

In dieser Straße standen vor allem die Geschäfte und Werkstätten der Mehrzahl der ca. 90 jüdischen Langendreerer.

Auf der neuen Stele lassen sich exemplarische Biographien dieser Menschen nachlesen.

Bis 1933 lebten alle in Langendreer friedlich mit einander. Dann begann der faschistische Terror. Bald gab es keine Juden mehr in diesem Stadtteil.



vvn-bda-bochum.de

## Die VVN - BdA fordert:

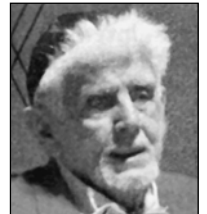
### Nordbahnhof erhalten

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten in Bochum spricht sich nachdrücklich für den Erhalt des Nordbahnhofs aus.

Historisch bedeutsame Zeugnisse der Stadt dürfen nicht dem Abrisshammer ausgeliefert werden, sondern müssen geschützt werden. Der Nordbahnhof ist ein noch vorhandener Ort, von dem die Nazis die Transporte der Bochumer Jüdinnen und Juden in den Tod durchführten. Hier erfolgte z. B. durch den Zoll die Kontrolle über deren Vermögen, um

sie danach ausrauben zu können. Der Nordbahnhof ist ein Zeugnis, an dem die Erinnerungsarbeit an den Faschismus und seine Opfer erfolgen kann und wach gehalten werden muss. Wir sprechen uns auch aus für das Anbringen entsprechender Mahntafeln oder Stelen, die das tödliche Schicksal zahlreicher Jüdinnen und Juden aus Bochum dokumentieren.

## Hannes Bienert ist tot



Mit großer Trauer haben wir erfahren, dass unser langjähriger Kamerad, ein Urgestein des antifaschistischen Kampfes in Bochum und Wattenscheid, gestorben ist. **Unser Nachruf auf Seite 11.**

## Pegida, AfD u. a.:

### Unerträgliche Hetze

**Unerträglich ist die Hetze geworden, die auf Veranstaltungen von Pegida, AfD, pro NRW oder Hoge-sa betrieben wird.**

Auffällig die Untätigkeit und der Unwille von Polizei und Justizbehörden gegen offensichtliche Straftaten einzuschreiten. Da wird in Bezug auf Flüchtlinge von „Viehzeug“, „Verbrechern“ und „Betrüggern“ gesprochen. Auf einer Kundgebung in Dresden konnte ein Redner ungestört bedauern, dass „die KZ ja leider derzeit außer Betrieb“ sind.

Die Saat, die auf derartigen Hetzveranstaltungen gesät wird, geht auf. Mehr als 500 Übergriffe und Brandanschläge auf Flüchtlinge und Unterkünfte wurden („offiziell“) bisher 2015 gezählt. Selbst die WAZ kam jetzt zu der Schlussfolgerung: „Da hilft kein Verschweigen, sondern Klartext reden. Und konsequente Strafverfolgung“.

## Der Versuch der Rechten Gruppe „Pro NRW“ am Sa. 31.10. eine Großkundgebung in Bochum

**durchzuführen scheiterte kläglich.**

Weiter S. 10



## Gemeinsame Rats-Anfrage der Linksfraktion und der Sozialen Liste Bochum

# Ehrenbürgerschaften in Bochum

Wir beziehen uns auf die Mitteilung (Nr. 20151083) Aberkennung der Ehrenbürgerwürde von Paul von Hindenburg und stellen hierzu folgende Fragen:

1. Die Verwaltung schreibt, dass nach „allgemeiner Rechtsauffassung“ das Ehrenbürgerrecht als „Persönlichkeitsrecht“ mit dem Tode erlischt. Wo und wie ist diese Rechtsauffassung festgelegt und definiert? In § 34 der GO „Ehrenbürgerrecht und Ehrenbezeichnung“ ist die Feststellung, dass nach dem Tode die Ehrenbürgerschaft oder Ehrenbezeichnung erlischt, nicht enthalten.
2. Wann ist dem Rat der Stadt Bochum diese „Rechtsauffassung“ zu Kenntnis gegeben worden, bzw. wann hat er sich damit beschäftigt?
3. Wann hat sich diese Rechtsauffassung gebildet? Bei den Aberkennungen der Ehrenbürgerschaften von Adolf Hitler und anderen Naziführern, die nach 1945 in zahlreichen Städten und Gemeinden erfolgten, obwohl diese zum Teil da auch bereits tot waren, gab es diese Rechtsauffassung offensichtlich nicht.



Der General und der Gefreite. Hitler links, rechts von Hindenburg  
(Bundesarchiv Bild 183-S38324)

4. Warum publiziert die Stadt Bochum nach wie vor die „Ehrenbürger der Stadt Bochum“ im Internet, einschließlich von Paul von Hindenburg, obwohl diese erloschen sind und Bochum keine Ehrenbürger mehr hat?

5. Mit welcher Rechtsgrundlage werden Ehrenbürgerschaften oder Ehrenbezeichnungen posthum, also nach dem Tode, verliehen?
6. Die VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bochum hat nach § 24 der GO die Anregung (Antrag) an den Rat der Stadt Bochum

gestellt, Paul von Hindenburg die Ehrenbürgerschaft von Bochum abzuerkennen. Warum wurde die Anregung nicht im Rat behandelt?

Ralf-D. Lange / Sevim Sarialtun /  
Günter Gleising / 25. August 2015

## Ein Streiter für eine friedlichere, sozialere antifaschistische Welt

# Henning Mankell gestorben

Der schwedische Krimiautor Henning Mankell ist am 5. Oktober in Göteborg gestorben. Der Autor, Schriftsteller und Regisseur litt an Krebs. Sein Romandebüt „Fangvardskolonin som försvann“ („Das Gefangenlager, das verschwand“) erschien 1979.

Weltweit wurden 40 Millionen Bücher von Mankell verkauft, 15 Millionen davon in Deutschland, wo seine Krimireihe um die Figur des Kommissars Kurt Wallander am bekanntesten ist. Mankell gehört zu den schwedischen Autoren, die in ihren Krimis immer wieder soziale Themen, den Faschismus und Neofaschismus, die Arbeit der Polizei und der Geheimdienste einbrachten und sich selbst im antifaschistischen und sozialistischen Lager politisch engagierten. Unvergessen das Autoren-Duo Maj Sjövall / Per Wahlöö, und Stig-Erland Larsson.

Politisch engagierte sich Mankell gegen den Vietnamkrieg, den portugiesischen Kolonialkrieg und das Apartheidregime in Südafrika. Im Konflikt zwischen Israel und Palästina war Mankell 2010 an Bord der

Gaza-Hilfsflotte, die von den israelischen Streitkräften angegriffen wurde. Für sein Engagement in Afrika und sein Theaterprojekt für Kinder wurde Mankell 2009 mit dem Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis der Stadt Osnabrück ausgezeichnet. Im vergangenen Mai äußerte er sich gegenüber der FAZ auch zum Flüchtlingsthema: „Wir leben in einer Welt der Flüchtlinge, so ist es eben. Und wir erleben jetzt erst den Anfang.“

Es ist wie so oft bei Nachrufen. Diejenigen, die heftigste Kritik am politischen Engagement von Mankell äußerten, versuchen ihn jetzt als Gestorbenen für sich zu vereinnahmen.

Der Streiter für eine bessere, eine friedlichere, sozialere Welt ohne Faschismus wurde 67 Jahre alt. Sein Kampf muss fortgesetzt werden.

(gracchus)

## Burschenschaften: SPD grenzt sich ab

Die SPD hat nach längerer Diskussion beschlossen, dass eine Mitgliedschaft in der Deutschen Burschenschaft mit der SPD-Mitgliedschaft unvereinbar ist.

### Burschenfreie Zone!



Für Vielfalt und eine solidarische  
Gesellschaft – gegen reaktionäre  
Männerbünde.

Veranstaltung mit dem Buchautor Ulrich Chaussy

## „Oktoberfest – Das Attentat“

Das Bochumer Bündnis gegen Rechts, die VVN - BdA Bochum und der Jugendring hatte im Oktober Ulrich Chaussy zu einem Vortrag über die skandalösen Ermittlungen hinsichtlich des Oktoberfestattentats eingeladen. 13 Tote und 200 z.T. Schwerverletzte waren damals zu betrauern.

Sehr schnell wurde damals von den untersuchenden und beteiligten Institutionen, dem BKA, den Verfassungsschutzbehörden und den Landeskriminalämtern ein Einzeltäter zum alleinigen Ausführenden des Bombenattentats erklärt: Gundolf Köhler. Dieser war eine Zeitlang Mitglied der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ und auch sonst in neofaschistischen Kreisen aktiv. Obwohl dies den ermittelnden Behörden klar war, wurde die These des Einzeltäters in der Öffentlichkeit vertreten: Gundolf Köhler hätte aus Liebeskummer (!) und wegen einer verpatzten Prüfung (!) Selbstmord begehen wollen und deshalb die Bombe in einem Papierkorb am Eingang zum Oktoberfest platziert.

Heute weitgehend vergessen sind die ersten öffentlichen Reaktionen der damaligen CSU-Parteispitzen. Der damalige Generalsekretär der CSU Gerold Tandler schrieb die Verantwortung für das Attentat der RAF (Rote Armee Fraktion) zu.

Es war das Jahr der Bundestagswahl: Franz-Josef Strauß wollte Bundeskanzler werden, mit der Parole „Freiheit statt Sozialismus“ kämpfte er gegen Helmut Schmidt. Da passte es gut, nicht über Neonazis zu reden, sondern die RAF verantwortlich zu machen. Ulrich Chaussy hat frühzeitig Zweifel an den Ergebnissen der Ermittler über die Hintergründe des Bombenattentats von 1980 geäußert und belegt, dass nicht konsequent in der militanten rechten Szene ermittelt worden ist.

Seit Dezember 2014 hat der Generalbundesanwalt entschieden, die Ermittlungen über das Attentat wieder aufzunehmen. Neue Zeugen sind aufgetaucht, es gibt Anhaltspunkte dafür, dass eine zweite Explosion stattgefunden hat. Die Theorie des Einzeltäters gerät ins Wanken.

In seinem spannenden Vortrag entwickelte Chaussy noch einmal seine Belege, dass die Einzeltäterthese nicht richtig sein kann. Es wird aber sicher sehr schwierig, in einem neuen Verfahren die Tatsachen aufzuklären: Akten und Asservate sind rechtzeitig geschreddert worden, Zeugenaussagen wurden nicht ernst genommen, wenn sie der Einzeltäterthese widersprachen. Nach dem Attentat verschwand eine abgerissene Hand, obwohl sie „eingesammelt“ wurde. Die bayerischen Behörden zeichnen sich außerdem durch einen ausgeprägten „Korpsgeist“ aus, der an den alten Ermittlungsergebnissen nichts ändern will. Alles erinnert an die Ermittlungen im Fall des NSU. Vertuschungen, Lügen und Vernichtung von Beweismaterial und die Präsentation eines verwirrten Einzeltäters in München (oder beim NSU 3 Einzeltäter\*in, von denen 2 auf ungeklärte Art und Weise ums Leben kamen) ist typisch, um die neofaschistische Bewegung und vor allem ihre politischen Mittäter\*innen zu verharmlosen oder zu verschweigen. Vom Verfassungsschutz hoch bezahlte „V-Leute“ (wahrscheinlich über 40) waren ja direkt in dem NSU und den faschistischen Umfeldorga-



nisationen tätig und z.T. beim Morden sogar anwesend. Wie ist das in München gelaufen? Wer war da alles mitbeteiligt? Es wird noch spannend werden.

Eine aktuelle Anmerkung: Auch bei dem Attentat auf die Kölner Oberbürgermeisterin-Kandidatin vor einigen Tagen redeten die Ermittlungsbehörden sofort vom Einzeltäter! Und schon wieder vermuten einige Presseberichte, dass hier ein V-Mann der Täter ist. Und schon wieder werden nach diesen Berichten Akten über den Täter geheim gehalten.

Es bleibt abzuwarten, wie das weiterhin laufen wird.

Wolfgang Dominik

## Das München-Komplott

ist der Titel einer der Tatsachenkrimis von Wolfgang Schorlau. Schorlau lässt seinen Privatdetektiv Dengler auf geheimdienstliche Verwicklungen beim Oktoberfest-Attentat stoßen.

Bis hin zur Geheimarmee der NATO, Gladio, spannt sich sein Ermittlungsbogen. Alle möglichen staatlichen Stellen versuchen, Dengler zu stoppen. Wie in allen anderen seiner Krimis fabuliert Schorlau nicht einfach so vor sich hin, sondern recherchiert konkrete Fakten, die in die Krimis eingebaut werden.

Im November erscheint sein 8. Roman. „Die schützende Hand“ befasst sich mit den Verwicklungen der Geheimdienste in die NSU-Mordserie. Da Schorlaus Krimis alle als Taschenbuch erscheinen, ist es preiswert, spannende Tatsachen-Geschichten über die geheim gehaltenen staatlichen Machenschaften zu lesen.

Pro NRW:

## Wählerbestechung angeklagt

Zwei Bochumer Mitglieder der rechten Partei Pro NRW müssen sich am 7. Dezember vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft Urkundenfälschung und Wählerbestechung vor. Sie sollen Stützungsunterschriften zur Kommunalwahl 2014 erschlichen bzw. gefälscht haben. Auch das einzige Bochumer Ratsmitglied von Pro NRW gehört zu den Angeklagten.

Ein Aufruf:

## Flüchtlinge schützen – Rassismus ächten – Naziterror bekämpfen

Fast täglich brennen Flüchtlingsunterkünfte irgendwo in Deutschland. Allein bis Ende August 2015 wurden mehr als 340 solcher Straftaten in diesem Jahr registriert. Im Netz macht sich eine unerträgliche rassistische Hetze gegen Flüchtlinge breit. Menschen, die sich für Flüchtlinge in Deutschland engagieren, werden bedroht. Wer das Asylrecht verteidigt, erhält nur allzu oft menschenverachtende Hasspost.

Nazis und Rechtsextreme mobilisieren deutschlandweit gegen Menschen in Not und auf der Flucht. Dabei setzen sie auch auf Terror und Gewalt.

Diese Angriffe von Nazis und Rassisten auf Menschen, die vor Krieg und Elend fliehen, sind nicht nur Straftaten gegen Leib und Leben von Einzelnen, sondern zugleich ein Anschlag auf den demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Sie sind inakzeptabel und reihen sich ein in die lange Kette rassistischer Gewalttaten in unserem Land. Angesichts dieser Bedrohung fordern wir, dass mit aller Härte des Rechtsstaates gegen Nazigewalttäter und ihre Mitläufer vorgegangen wird. Wer Asyl-

unterkünfte angreift und volksverhetzende Parolen skandiert, ist kein „besorgter Bürger“, sondern ein Krimineller.

Wir stehen an der Seite der vielen engagierten Menschen in Deutschland, die sich für Flüchtlinge einsetzen. Diese verdienen mehr Unterstützung. Wir fordern weiterhin ernsthafte europäische Anstrengungen zur Bekämpfung der Fluchtursachen. Bis sie erfolgreich sind, brauchen wir keine weiteren Abschottungs- und Angstdebatten, sondern den klaren Willen, Flüchtlinge schnell und gut zu integrieren.

Wir erwarten, dass alle Politikerinnen und Politiker für eine offene Gesellschaft eintreten, in der Diskri-

minierung von Flüchtlingen und Angstmache gegen Fremde keinen Platz haben. Alle gesellschaftlichen Kräfte müssen gebündelt werden, damit Flüchtlinge bei uns Schutz finden.

Jede Form von Rassismus muss konsequent geächtet werden.

*Sevim Dagdelen, MdB, DIE LINKE  
Cem Özdemir, MdB, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN  
Rüdiger Veit, MdB, SPD*

Der Aufruf wurde in der Zwischenzeit von zahlreichen Mitgliedern des Bundestages und vielen Bürgerinnen und Bürgern, darunter auch Mitglieder und Vorstände der VVN - BdA, unterzeichnet.

## Angriffe auf Flüchtlinge (Refugees) und Flüchtlingseinrichtungen

Gab es nach Aussage des Bundesamtes für Verfassungsschutz im gesamten Jahr 2014 170 rechtsextreme Überfälle auf Flüchtlingseinrichtungen, sind es im Jahr 2015 (Stand 11.10.2015) bereits 500!

Nach einer Statistik von Zeit-online (Stand 27.8.2015) entfallen auf Brandstiftung 31 Fälle, andere An-

griffe auf Unterkünfte 237 Fälle, Körperverletzungen 69 Fälle und Demonstrationen 129 Fälle. Es ist also

damit zu rechnen, dass sich die „offizielle“ Zahl bis zum Jahresende auf weit mehr als 650 Übergriffe erhöht.

Demgegenüber stehen die in der gemeinsamen Chronik von der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL dokumentierten Übergriffe und Demonstrationen gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte

im lfd. Jahr. Diese Zahlen sehen anders aus und beinhalten die dokumentierten Übergriffe bis zum 20.10.2015 (Tag, an dem dieser Artikel geschrieben wurde):

Brandanschläge: 74; andere Angriffe auf Unterkünfte: 306; Körperverletzte: 179 Personen.

Dies ist eine Gesamtzahl von bereits über 750 Fällen. Würde man diese Zahlen entsprechend bis zum Jahresende weiterschreiben, kämen wir auf eine Zahl von ca. 950 Übergriffen im Jahre 2015.

Gebt alle(n) ein Zeichen dafür, dass Flüchtlinge in Deutschland willkommen sind und beteiligt euch an Demonstrationen für ein Bleiberecht aller Refugees, (z.B. am 14.11.2015 in der Bochumer Innenstadt).



### Impressum

**Herausgeberin:** Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum. **V.i.S.d.P.:** Günter Gleising, 44795 Bochum. **Druck:** Copypoint Bochum. **Satz:** Anke.Pfromm@ruhrecho.de. **Auflage:** 1.000. Sparkasse Bochum, IBAN: DE21 4305 0001 0046 3097 46, BIC: WELADED1BOC. **Internet:** www.vvn-bda-bochum.de. **eMail:** info@vvn-bda-bochum.de. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**KEIN MENSCH IST  
ILLEGAL! –**

**REFUGEES WELCOME!**

## Aktuell

Der Münchner SPD-Landtagsabgeordnete Florian Ritter, Mitglied der VVN - BdA, hat eine gemeinsame Erklärung 'Für eine offene, demokratische Gesellschaft! Gegen die Diffamierung der VVN - BdA!' initiiert.

Konstantin Wecker und andere Künstler\*innen, Kirchenvertreter\*innen, verschiedene Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Gewerkschafter\*innen sowie Vertreter\*innen diverser Organisationen und Verbände haben die Erklärung inzwischen unterschrieben. Wir dokumentieren den Aufruf:

**Für eine offene, demokratische Gesellschaft!**

## Gegen die Diffamierung der VVN - BdA!

**Auch in diesem Jahr wird die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN - BdA) im bayerischen Verfassungsschutzbericht erwähnt und die Organisation und ihre Mitglieder als „linksextremistisch beeinflusst“ gebrandmarkt.**

Die Nennung im Verfassungsschutzbericht ist nicht mit Fakten untermauert und diffamiert nicht nur die VVN - BdA und ihre Mitglieder. Sie diffamiert auch alle, die sich gemeinsam mit der VVN - BdA gegen alte und neue Nazis in Bayern engagieren.

Wir wenden uns gegen die diffamierenden Einschätzungen durch das bayerische Innenministerium und fordern die Bayerische Staatsregierung auf, die Nennung der VVN - BdA im Verfassungsschutzbericht zu beenden und die Beobachtung durch den Verfassungsschutz einzustellen.

Wir setzen uns für eine offene und tolerante demokratische Gesellschaft ein und engagieren uns deshalb gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, menschenfeindliche Einstellungen und Neofaschismus. Wir kennen die VVN - BdA und deren Mitglieder aus unterschiedlichen Zusammenhängen, aus der Gedenk- und Gedenkstättenarbeit, aus dem örtlichen Engagement gegen rassistische, antisemitische und rechtsradikale Umtriebe oder aus Initiativen wie der bundesweiten nonpd-Kampagne.

Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass der Versuch der Bayerischen Verfassungsschutzbehörden, die VVN - BdA als verfassungsfeindlich und antidemokratisch zu brandmarken, jeglicher Grundlage entbehrt.

Viele ältere Mitglieder der VVN - BdA haben selbst noch Verfolgung und KZ-Haft am eigenen Leib erfahren müssen. Sie engagieren sich seit Jahren und Jahrzehnten als Mahner und Aufklärer vor Schulklassen, in der Jugend- und Erwachsenenbildung und im öffentlichen Diskurs. Dieser Beitrag für eine offene und tolerante demokratische Gesellschaft, die sich klar gegen Rassismus, Antisemitismus und rechtsextreme Ansichten einsetzt, kann nicht hoch genug geschätzt werden. Diese Zeitzeugen genießen eine hohe Wertschätzung und viele wurden auch in Bayern mit verschiedensten Auszeichnungen, bis hin zum Bundesverdienstkreuz, geehrt.

Dort wo sich die bayerischen Bürgerinnen und Bürger in ihren Städten und Gemeinden gegen rechtsextreme Umtriebe zur Wehr setzen müssen, ist die VVN - BdA anerkannter Partner in Bündnissen und

Initiativen. Ihre Mitglieder erfahren hohen Respekt und Anerkennung, weil sie sich besonders dafür einsetzen, dass möglichst viele Menschen in diesen Initiativen mitarbeiten können – ob sie nun aus Vereinen und Verbänden, aus kirchlichen, gewerkschaftlichen oder parteipolitischen Zusammenhängen kommen oder als Einzelpersonen mitwirken wollen. Die VVN - BdA und ihre Mitglieder versuchen hier Brücken zu bauen statt auszugrenzen. Angesichts dieser Tatsache verurteilen wir besonders den immer wiederkehrenden Versuch, die VVN - BdA und ihre Mitglieder in den Verfassungsschutzberichten in die Nähe gewaltorientierter Auseinandersetzungen zu rücken. Dies widerspricht jeder Realität.

70 Jahre nach der Befreiung Deutschlands von der Nazi-Diktatur liegt es in unserer Verantwortung, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften rassistischer, antisemitischer, antiislamischer und neofaschistischer Propaganda sowie jeglicher Ausgrenzung wirksam entgegen zu treten. Die VVN - BdA ist dabei unser Partner.

**Neonazis:**

## Nicht nur politisch kriminell

Laut der Kriminalstatistik in Nordrhein-Westfalen hat die Polizei im vergangenen Jahr im bevölkerungsreichsten Bundesland insgesamt 4.241 Straftaten registriert, die von Personen aus der rechten Szene verübt wurden.

Davon waren 3.286 Taten politisch motiviert, 955 Delikte fielen in den Bereich der Allgemeinkriminalität, darunter 81 Mal Besitz von oder Handel mit Drogen. In 177 Verfahren ging es um Diebstahl. Das geht aus der Antwort auf eine kleine Anfrage hervor, die der Abgeordnete Thomas Nückel (FDP) gestellt hatte. (jW)



## Demonstration im Kalkar

# Krieg beginnt am Niederrhein

Über 500 Menschen, darunter auch zahlreiche Friedensaktivisten aus Bochum, haben am 3. Oktober im niederrheinischen Kalkar gegen die dortige NATO-Kommandozentrale demonstriert. Sie wollten mit dieser Demonstration deutlich machen, dass der Krieg, der Hunderttausende Menschen mordet, Hunderttausende zwingt, ihre Heimat zu verlassen, auch in den Militäreinrichtungen in NRW beginnt.

Nach der Auftaktkundgebung in Kalkar zog die Demonstration zur Von-Seydlitz-Kaserne. Dort formierten sich die Teilnehmer\*innen zu einer Menschenkette entlang des Zauns. „Wir wollen symbolisch den friedlichen Niederrhein von der Militärzentrale trennen, von der aus der Tod in die Welt hinausgeschickt werden kann“, so Joachim Schramm vom Ostermarsch-Rhein/Ruhr-Komitee, dem Organisator der Aktion.



Bochumer Mitglieder der VVN - BdA

Bundeswehr und NATO bauen seit Jahren in Kalkar und im benachbarten Uedem die militärische Infrastruktur für den Hightechkrieg aus. Das Zentrum Luftoperationen der Bundeswehr in der Von-Seydlitz-Kaserne ist mit dem 24-Stunden-Gefechtsstand für die Überwachung des Luftraumes und die Gefechtssteuerung zwischen den Alpen, Island und Osteuropa zuständig. So wird derzeit der Einsatz von vier „Euro fighter“-Jets aus dem rheinischen Nörvenich, die sich im Rahmen des „Air Policing“ der NATO seit Anfang September im Baltikum befinden, durch das Zentrum Luftoperationen in Kalkar und durch das Combined Air Operations Centre in Uedem geführt. In der von-Seydlitz-Kaserne ist außerdem das multinationale Joint Air Power Competence Centre (JAPCC) der NATO untergebracht, eine Denkfabrik, in der Militärs Pläne zur Kriegführung mit kon-

ventionellen und atomaren Waffen entwickeln.

Vor der Kaserne wandte sich die Politikerin der Linken, Sahra Wagenknecht, gegen NATO-Einsätze an der russischen Grenze: „Solche Kriegsspiele können bei dem geringsten Missverständnis zum offenen Konflikt führen. Damit muss Schluss sein!“ Wagenknecht sprach sich auch gegen weitere Bombardierungen in Syrien, egal ob durch NATO-Staaten oder durch Russland, aus und forderte zivile Lösungen ein.

Die Organisatoren der Aktion in Kalkar zeigten sich zufrieden mit dem Verlauf der Veranstaltung und kündigten weitere Proteste im Rheinland an, das neben Kalkar/Uedem mit den Luftwaffenstützpunkten in Köln-Wahn, Nörvenich und Geilenkirchen für die Kriegführung enorm wichtig ist.

jW/sing

## Ein Stolperstein von der VVN - BdA:

### Karl Rostek

Auch in diesem Jahr stiftet die VVN-BdA Bochum einen Stolperstein. Erinnert werden soll damit an Karl Rostek, der 1944 bei der Bergung eines Blindgängers im Hydrierwerk Scholven in Gelsenkirchen umgekommen ist.

1894 in Bochum geboren, wurde Karl Rostek nach der Schule Heizer. Nach dem 1. Weltkrieg nahm er an der Novemberrevolution teil und wurde Mitglied, später hauptamtlicher Funktionär der KPD. In Bo-

chum war er Orgleiter, Vorsitzender der Ortsgruppe der KPD und Mitglied der Unterbezirksleitung. Karl Rostek lebte in Stahlhausen und wird von Weggefährten als „zuverlässiger und einsatzbereiter Genosse“ geschildert.

Ruhrgebiet, die mit Schwerpunkt Essen, Gelsenkirchen und Dortmund Kontakt zu großen Metallbetrieben knüpfte und zahlreiche Flugschriften verbreitete. Bei einem konspirativen Treffen von einigen Mitgliedern der Gruppe wurde Karl Rostek am 25. Juli 1944 in Dortmund verhaftet und kurz vor Weihnachten vom Oberlandesgericht Hamm zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Zuchthaus Münster wurde er 1944 einem Bombenräumkommando zugeordnet. Bei seinem ersten Einsatz fand er den Tod.

Mit der Errichtung des Naziregimes im Frühjahr 1933 musste Karl Rostek aus Bochum flüchten, beteiligte sich aber in Hamm und Dortmund am antifaschistischen Widerstandskampf. Karl Rostek war 1934 Teil einer großen Widerstandsgruppe im



Die Bessemerstraße in den 1920er Jahren mit Blick auf den Bochumer Verein. Am unteren Ende der Straße wohnte Karl Rostek

**Die Verlegung der Stolpersteine findet in diesem Jahr am Mittwoch 25. November 2015 statt, und die Präsentation der Rechercheergebnisse am 2. Dezember 2015 um 17.30 Uhr im Stadtarchiv Bochum, Wittener Straße 47.**

## Volkstrauertag – auch für Deserteure?

Der Volkstrauertag, 1919 ins Leben gerufen und 1922 zum ersten Mal auch im Reichstag offiziell begangen, war je nach Interessenlage immer ein Tag der Trauer über die Kriegstoten, vor allem damals über die gemordeten Soldaten. Er wurde bald eine Mischung aus Trauer und Revanchismus. Endgültig unter den deutschen Faschisten wurde er zum Heldengedenktag. Seit 1950 findet er in der BRD am Sonntag vor Totensonntag statt. Auch für Deserteure der Reichswehr, der Wehrmacht oder anderer Armeen?

Die Antwort lautet bisher schlicht und einfach: Nein! 18 Millionen Soldaten hatte die faschistische Reichswehr in ihren Hochzeiten. 100.000 von ihnen desertierten, weil sie das Morden und Sterben nicht mitmachen wollten. Manche liefen zum „Feind“ über und beteiligten sich am antifaschistischen Widerstand. Im Faschismus galt entsprechend der sozialdarwinistischen faschistischen Ideologie der Deserteur als „Volkschädling“. Erich Schwinge, ein faschistischer Strafrechtler, legte fest, dass Fahnenflüchtige „psychopathische Minderwertige“ sind. Schwinge setzte seine Karriere wie viele andere in der BRD erfolgreich fort und begründete, warum Deserteure nicht rehabilitiert werden durften. Ca. 40.000 Deserteure wurden bis 1945 zum Tode verurteilt. Zahlreiche später in höchsten Ämtern der BRD herrschende Richter und Jura-Professoren waren damals an Todesurteilen beteiligt. Ca. 1.200 Kriegsgerichte mit ca. 3.000 Richtern wurden zwar schon 1952 von Heinrich Böll öffentlich angeklagt, ihre Todesurteile hatten aber Bestand. Zweifel an diesen Urteilen galten als Nestbeschmutzung. Es wurde auch nicht nach den zahlreichen Standgerich-

ten, SS- und Polizeigerichten geforscht, die noch einmal für 20.000 Ermordete in den letzten Kriegsmontaten verantwortlich waren. Die einzige „wissenschaftliche“ Darstellung der Kriegsgerichte und ihrer juristisch angeblich völlig korrekten Urteile stammte von Erich Schwinge, inzwischen Professor an der Uni Marburg und später dort auch Rektor.

Erst in den 80er Jahren begannen sich „Opfer der NS-Militärjustiz“ in einem gleichnamigen Verband zu organisieren und die bisherige (Un-)Rechtsprechung in Frage zu stellen. Als der Witwe eines von der faschistischen Militärjustiz ermordeten Deserteurs 1991 (!) nach jahrelangem Prozessieren vom Bundessozialgericht eine Rente zugestanden wurde, begann eine Debatte im Bundestag. Die dauerte sehr lange! Erst 1998 (!) wurde im Bundestag ein Gesetz über die Rehabilitierung der Deserteure und eine symbolische Entschädigung der Überlebenden und ihrer Angehörigen beschlossen.

Die VVN - BdA Bochum fordert, dass die Deserteure aller Armeen als beispielhafte Friedenskämpfer\*innen gewürdigt werden, weil sie nicht das



sein wollten und wollen, was Tucholsky einst „Soldaten sind Mörder“ genannt hat. Unser Ziel muss sein, auch in Bochum ein Denkmal für den unbekanntesten Deserteur zu errichten.

Die VVN - BdA Bochum arbeitet eng mit dem Bochumer Friedensplenum zusammen und ruft alle Antimilitarist\*innen und andere Demokrat\*innen auf, an der offiziellen Feier am Volkstrauertag konstruktiv-kritisch teilzunehmen, die oft genug zum „Heldengedenktag“ drohte umfunktioniert zu werden.

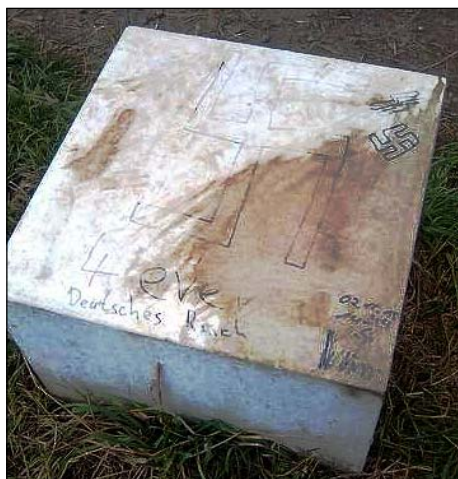
Nach Redaktionsschluss erreicht uns die Nachricht, dass in diesem Jahr alles ganz anders ablaufen soll. Haben unsere Proteste den Verantwortlichen zu denken gegeben?

Nähere Informationen rechtzeitig auf [www.vvn-bda-bochum.de](http://www.vvn-bda-bochum.de).

Wolfgang Dominik

## Hakenkreuze – Wie lange noch?

Auf einem Spazier- und Fahrradweg parallel zur Kirchharpener Straße und etwas hinter dem dortigen Friedhof prangten am 4. Okt. 2015 – bei einem Spaziergang entdeckt – Hakenkreuze auf einem Fahrradkilometer-Betonklotz (km 16) und einem Schild der Stadt mit Hinweisen zum Naturschutzgebiet unterschrieben „Die Oberbürgermeisterin“ Hakenkreuze.



Auf dem Betonklotz sogar mit Datum unleserlich signiert. Die sofortige Meldung an die Harpener Polizei wurde nach Auskunft des Staatsschutzes Bochum an den Staatsschutz weitergeleitet. 16 Tage später waren die Hakenkreuze unverändert an den gleichen Stellen. Eine Anzeige seitens der Stadt lag wohl nicht vor. Wurde nicht irgendwann von der Stadt versprochen, innerhalb von 2 Tagen faschistische Schmierereien zu beseitigen?

Wolfgang Dominik

Nachtrag: Am 30.10.2015 prangten die Hakenkreuze unverändert.

## Buchvorstellung

## Der Iwan kam auch bis Bochum

**könnte das Buch von Ulli Sander auch heißen. Jede andere Stadt in Deutschland wäre wohl ebenso geeignet, denn Zwangsarbeiter\*innen aus der Sowjetunion und anderen besetzten Ländern wurden im Faschismus gleich millionenfach nach Deutschland verschleppt.**

„Der Iwan kam bis Lüdenscheid“, Protokoll einer Recherche zur Zwangsarbeit, hat exemplarischen Charakter. Das gilt auch für die Morde an Zwangsarbeiter\*innen am Ende der faschistischen Diktatur. Wenn die alliierten Armeen eine Stadt erreichten, ermordeten die Faschisten – mit Hilfe der jeweiligen Unternehmen – oft schnell noch Zwangsarbeiter\*innen, die eventuell später als Zeug\*innen gegen ihre Betriebe und ihre Besitzer\*innen bzw. das oft unmenschlich agierende Aufsichtspersonal aussagen könnten.

Für mich ist dieses Tagebuch ein Beispiel, wie auch 50 oder 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus Städte, kapitalistische Unternehmen und vor allem konservative Politiker\*innen oft alles Mögliche bis hin zum Datenklau versuchen, Recherchen über Zwangsarbeiter\*innen zu verhindern. Für mich gab es auch neue Informationen über Arbeitserziehungslager. Es ist kaum zu glauben, aber Zwangsarbeiter\*innen, die vielleicht krank oder zu schwach

zur 14-stündigen Zwangsarbeit waren, wurden in besondere Lager eingewiesen. In diesen Lagern, die von den Industrieunternehmen initiiert wurden und von der SS oder Gestapo verwaltet wurden, waren die „Arbeitserziehungsmaßnahmen“ noch grausamer und bedeuteten oft Mord an den Zwangsarbeiter\*innen.

Ulli Sander gelang es, das Schicksal von 7.500 Zwangsarbeiter\*innen aufzuklären, weil er solidarische Mitarbeiter\*innen etwa des Stadtarchivs in Lüdenscheid fand. Etwa 1.500 der Überlebenden konnte Uli durch seine Arbeit zu einer gewissen „Entschädigung“ verhelfen.

Beeindruckend auch die Lebensläufe einiger Zwangsarbeiter\*innen: Ihr Alter reichte von 12 (!) Jahren bis 80 (!) Jahre. Ein Hinweis darauf, dass die Faschisten alle versklavten, die ihnen einigermaßen verwertungsfähig aussahen.

Dieses gut 1 ½ Jahre umfassende Tagebuch Uli Sanders hat mich auch besonders beeindruckt, weil trotz aller Widerstände mit Zähigkeit, Aus-



dauer und Fleiß immer noch neue Erkenntnisse über den Faschismus vor unserer Haustür zu entdecken sind.

Die VVN - BdA lädt Uli Sander Anfang des nächsten Jahres zu einer Veranstaltung über sein Buch ein.

*Wolfgang Dominik*

## Er ist wieder da

**Das Buch habe ich nicht gelesen, aber den Film wollte ich dann doch sehen – und war enttäuscht. Ok, da erwacht er quasi unterm dem Hinweisschild der ehemaligen Reichskanzlei in einer verdreckten und zerrissenen Uniform an der Stelle, an der er sich das Leben genommen hatte.**

Anfangs mag es ja noch ganz lustig sein, wenn er versucht, aus seiner Vergangenheit heraus, seine alten kruden Ideen in der – für ihn – neuen Welt wiederzufinden und unterzubringen. Im weiteren Verlauf des Filmes trifft er auf Bürger\*innen, die ihm die Lage in Deutschland aus ihrer Sicht (die Sicht der „besorgten Bürger\*innen“, der Pegidas und Co, der Neonazis) schildern. Aus seinen alten Gedanken heraus bietet und findet er hier immer wieder „Lösungsmöglichkeiten“ an. In dem Film geht es immer wieder um die Einschaltquoten des Senders, der die Vermarktung dieses „Herrn Hitler“ übernommen hat. Wie bekommt man eine höhere Einschaltquote, wer

kann ihn am besten vermarkten, in welchem Format kommt er am besten an. In diesem Rahmen bleibt es leider bei der Forderung und Äußerung asylfeindlicher und neofaschistischer Statements, denen nichts entgegengesetzt wird, bis Frank Plasberg ihn bei „Hart aber fair“ mit einem Filmausschnitt konfrontiert, in dem er einen kleinen Hund erschießt. Hier kommt ein wenig Ironie ins Spiel: Entsetzen über das Erschießen eines Hundes versus Einfordern und Zujubeln von alten und neuen Forderungen des rechten Randes der Gesellschaft.

Als zum Ende des Filmes der „Entdecker“ ihn nötigt, von einem Hochhaus zu springen und er Se-

kunden später wieder neben ihm steht, sagt er einige wichtige Worte, die uns allen zu denken geben sollten und uns als Herausforderung dienen sollten, noch mehr gegen faschistisches Denken und Handeln zu tun: „Du kannst mich nicht töten, ich lebe in jedem von euch weiter“. Was mir fehlte, war eine kritische Auseinandersetzung mit den Thesen, die in diesem Film angesprochen werden.

Vielleicht war das auch der Grund, warum vor mir im Kino des Öfteren einmal ein rechter Arm nach oben wanderte.

Vielleicht lese ich das Buch ja doch noch ...

*Michael Niggemann*



„Betroffenheit“ statt Solidarität:

## Forderungen zur Finanzierung der Solidarität mit Flüchtlingen werden ausgeblendet oder lächerlich gemacht

In Talkshows wurde in den letzten Wochen oft über die geographische Umverteilung der Armen gestritten: Dürfen Flüchtlinge, die ihr Leben nicht in Zeltlagern knapp außerhalb von Kriegs- und Krisengebieten oder in den Slums der nächsten Großstadt verbringen wollen, sich selbst umverteilen, werden sie nach einem Quotensystem auf europäische Staaten verteilt oder sollen die Grenzen dichtgemacht und ein Aufnahmestopp verhängt werden?

Letzteres irgendwie unmenschlich zu finden, gehört zwar in einigen Leitmedien zum guten Ton – allerdings werden die materiellen Grundlagen für die Solidarität mit Flüchtlingen und deren menschenwürdige Unterbringung ausgeblendet.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bekam viel Anerkennung in linksliberalen Kreisen, weil sie den Forderungen aus der CSU nach einem Aufnahmestopp trotzte. Als einziger Talkgast bei Anne Will hatte sie am 7. Oktober eine Stunde Zeit, ihre Parole »Wir schaffen das« zu erklären. Die »eiserne Kanzlerin«, die wenige Monate vorher den Griechen im Schuldenstreit gezeigt hatte, wo der Hammer hängt, sagte dort den Satz: »Ich möchte mich nicht beteiligen an einem Wettbewerb ›Wer ist am unfreundlichsten zu den Flüchtlingen«, und dann werden sie schon nicht kommen.«

Mit Kopfschütteln quittierte Merkel aber am 15. Oktober die Rede von Sahra Wagenknecht, die zur Aufnahme von Flüchtlingen im Bundestag sagte: »Natürlich können wir es schaffen, Deutschland ist ein reiches Land. Aber dann muss man auch den Mut haben, das Geld bei den Reichen zu holen, und nicht nur bei den Armen.« Allein die 500 reichsten Familien in Deutschland hätten ein Privatvermögen von über 600 Milliarden Euro, das höher besteuert werden könnte, statt Flüchtlinge als Argument vorzuschieben, »warum wir unsere Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas nicht ordentlich bezahlen können«.

Kein Thema für Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), der natürlich an der »schwarzen Null« festhält – und auch nicht für Günther Jauch. In dessen Talkrunde am 18. Oktober war eine Diskussion über Statements wie das von Sahra Wagenknecht nicht vorgesehen. Statt

dessen wurde der Eindruck erweckt, es gebe in der Flüchtlingsdebatte nur eine rechte Opposition. Als deren Vertreter konnte sich der Thüringer AfD-Landtagsfraktionschef Björn Höcke in die Märtyrerpole positionieren und ein Deutschlandfähnchen über seine Armlehne hängen. Vier bürgerlich-demokratische Gesprächspartner waren seiner Show nicht gewachsen. Jedenfalls nicht, was die Zielgruppe der Skeptiker angeht, die zwar kein geschlossenes rassistisches Weltbild haben, aber mit rein moralischen Argumenten auch nicht für eine »Willkommenskultur« zu gewinnen sind. Schon bringen wirtschaftsnahe »Experten« die Erhöhung des Renteneintrittsalters ins Spiel bringen. Materielle Themen wie sozialer Wohnungsbau für Flüchtlinge und Deutsche sowie dessen Finanzierung wurden nicht diskutiert.

Als die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen (Die Linke) am 26. Oktober bei »Hart aber fair« genau das versuchte, wurde sie anschließend in Print- und Onlinemedien lächerlich gemacht. Behaupten musste sie sich in der ARD-Talkshow gegen Kanzleramtsminister und Flüchtlingskoordinator Peter Altmaier (CDU), den Präsidenten des Bayerischen Landkreistages, Christian Bernreiter (CSU) und Rainer Wendt, den Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, die sich meist rechts von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) positioniert. Außerdem war der Journalist und Politikberater Michael Spreng eingeladen. Bernreiter und Wendt wurden anschließend in der TV-Kolumne von *Focus online* als »Praktiker« bezeichnet, Dagdelen als »personalisierte Pippi Langstrumpf«, die »weit weg von jeder Realität und jeder Verantwortung« predige, das Geld für die Flüchtlinge und Soziales müsse von den Reichen genom-

men werden. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieb etwas freundlicher, die Vermögenssteuer sei bei Dagdelen »wie Kai aus der Kiste« gekommen. Da bleibt nur zu sagen: Wann, wenn nicht jetzt?

(jW)

### Gegen die Unterdrückung in der Türkei demonstrierten im September und Oktober in Bochum und Umgebung lebende Kurden



### Flüchtlingsjunge Mohamed tot aufgefunden

Der vor fünf Wochen vom Gelände des Berliner Landesamtes für Gesundheit und Soziales verschwundene Flüchtlingsjunge Mohamed ist tot. Die Polizei nahm am Donnerstag einen Verdächtigen fest. In seinem Auto wurde die Kinderleiche gefunden. Die Mutter des 32jährigen Tatverdächtigen hat sich bei der Polizei gemeldet und berichtet, dass ihr Sohn ihr die Tat gestanden habe. (jW)

## Jahreshauptversammlung:

# VVN plant Aktionen und Veranstaltungen

Die Kreisvereinigung Bochumer der VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten hat am 30. Oktober in der Gaststätte Leonidas (früher Haus Lotz) am Springerplatz ihre Jahreshauptversammlung durchgeführt.

Nach ausführlichen Rechenschaftsberichten über die Arbeit der Vereinigung in den vergangenen Jahren fand die Diskussion und Beschlussfassung von Anträgen statt. So wurde beschlossen, dass sich die Bochumer VVN-BdA besonders für ein humanitäres Bleiberecht für Roma einsetzen will und die Ausstellung „Verfolgung der Sinti und Roma in Bochum“ wieder gezeigt werden soll.

Im nächsten Jahr soll aus Anlass des 80. Jahrestages der Ermordung von Karl Springer eine Kundgebung durchgeführt werden, die an die Wi-

derstandskämpfer erinnert, die im Polizeigefängnis Opfer des Gestapo-Terrors wurden.

Mit einer Festveranstaltung will die VVN den 70. Jahrestag der Gründung der VVN Bochum begehen.

Außerdem will sich die VVN-BdA dafür einsetzen, dass eine Straße in Bochum nach der Widerstandskämpferin und langjährigen Vorsitzenden der VVN-Bochum, Christine Schröder, benannt wird.

Auch eine Fahrt zur Gedenkstätte KZ-Esterwegen soll geplant werden. Falk Mikosch, VVN-Landessprecher

überbrachte die Grüße des Landesverbandes, informierte über die aktuelle Entwicklung der VVN-BdA und sprach sich für die Stärkung der Organisation durch Mitgliederwerbung aus.

Auf der Jahreshauptversammlung wurden erneut Günter Gleising zum Vorsitzenden und Wolfgang Dominik zum stellv. Vorsitzenden der VVN - BdA Bochum gewählt. Weiterhin wurden in den Vorstand gewählt: Siegfried Evers, Carola Horn, Elke Junge, Manuel Traber und Michael Niggemann.

## Fortsetzung von Seite 1:

# Pro NRW in Bochum

Die VVN - BdA Bochum arbeitet mit dem Bochumer Bündnis gegen Rechts (BgR) seit Jahrzehnten zusammen. Eins unserer Mitglieder hatte eine Anfrage vom BgR, eine kurze Rede gegen die Provokation der Rassist\*innen von Pro NRW zu halten: Die ABB zitieren aus der vorbereiteten, aber auf Grund der zeitlichen Umstände nicht gehaltenen Rede von Wolfgang Dominik:

..... wieder einmal protestiere ich als Mitglied der VVN-BdA Bochum gegen den politischen Missbrauch dieses Platzes. An Fritz Husemann soll hier erinnert werden. Fritz Husemann war Sozialdemokrat und Antifaschist und wurde von den Faschisten ermordet. Dass heute schon wieder Leute hier ihre rassistischen Hassparolen verkünden dürfen, ist unerträglich. Genau vor der Gedenktafel von Fritz Husemann ist das Redner\*innen-Pult

von PRO NRW aufgebaut. Ich denke, wir alle hier sind der Meinung, dass der neue Oberbürgermeister einmal mit seiner Partei darüber nachdenken sollte, welche politische Perversität und Provokation gegen den ermordeten Parteigenossen Husemann hier geschieht!

Jede und jeder hier von uns würde fliehen, wenn er vor der Wahl stehen würde, hier zu verhungern oder hier im Krieg ermordet zu werden. Krieg und Hunger haben im

Wesentlichen die kapitalistischen Metropolen mit verursacht. Seit Jahrhunderten wird fast die gesamte restliche Welt ausgeplündert, ökologisch verwüstet, mit Kriegen überzogen. Alle 4 Sekunden stirbt dort ein Kind. Eine Minderheit der Menschen, zu denen wir alle hier gehören,



250 Gegendemonstranten zeigten: In Bochum sind Neonazis und Rassisten unerwünscht

lebt vom Tod oder Ausbeutung fast der gesamten Welt. Das wissen wir alle und können abends ab 11 das in Fernsehdokumentationen sehen und hören, wie Jean Ziegler sagt: Jedes Kind hat einen Mörder in irgendwelchen kapitalistischen Konzernzentralen. Die oft diffamierten Wirtschaftsflüchtlinge sind die Opfer von Wirtschaftskriegen!

Aktuell sind auch imperialistische Kriege die Hauptursache von Flucht. Überall da, wo die sog. Westliche Wertegemeinschaft Kriege geführt hat, Kriege weiterhin führt oder wie in Syrien führen lässt, werden Menschen zur Flucht gezwungen.. (.....)

Die kapitalistische Wirtschaft tötet – wer das nicht bei Marx nachlesen will, kann Papst Franziskus zur Hand nehmen. TTIP, wenn es verabschiedet wird, wird das alles noch verschärfen! Der wachsende Reichtum einiger weniger beruht auf der himmelschreienden Armut der allergrößten Mehrheit der Menschen.

(Die gesamte Rede ist auf [www.vvn-bda-bochum.de](http://www.vvn-bda-bochum.de) nachzulesen.)



Von der Polizei war der Husemannplatz mit einem Großaufgebot erneut für eine rechte Veranstaltung abgesperrt worden, auf dem sich 6 Pro-NRW Anhänger versammelten

## Nachruf

**Hannes Bienert**

(Geb.12.02.1928, gest. 28.10.2015)

**Unser langjähriger Kamerad Hannes Bienert ist im Alter von 87 Jahren gestorben. Der Verlust schmerzt unermesslich, die Lücke ist groß.**

Hannes Bienert, 1928 in Beuthen (Bytom) geboren, erlebte als Kind und Jugendlicher das Naziregime, den Krieg und die Flucht nach Wattenscheid. Die Erkenntnis „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“ wurde mit großer Konsequenz zur Richtschnur für sein politisches Leben. Geprägt wurde er auch durch die Arbeit auf der Zeche Holland. Seine politische Arbeit richtete sich gegen die Remilitarisierung, den Kalten Krieg und die Aufrüstung. Als Mitglied der KPD wurde Hannes Bienert mehrfach von der Justiz verfolgt und 1957 ins Gefängnis gesperrt.

Von Anfang an gehörte Hannes zu den Organisatoren des Ostermarsches im Ruhrgebiet, auch dem anwachsenden Neonazismus setzte er seinen Widerstand entgegen. Dabei suchte er immer die Gemeinschaft mit anderen. Oft gelang es ihm, auch politisch Andersdenkende zum Kampf gegen den Faschismus und für den Frieden zu gewinnen. 1968

gehörte er zu den Gründern der DKP in Wattenscheid und war jahrelang deren Vorsitzender.

Sein antifaschistisches Engagement führte ihn in die Reihen der VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Hannes setzte sich zusammen mit vielen anderen für die Schließung der NPD-Landeszentrale in Wattenscheid ein und protestierte gegen die NPD-Landesparteitage in Wattenscheid. Auf Initiative von Hannes Bienert entstand vor 25 Jahren die Antifa-Wattenscheid. Fortan gehörte das jährliche Gedenken an die Shoa und die Reichspogromnacht 1938 am 9. November zur festen Einrichtung in Wattenscheid. Die Gedenkstelen auf dem Nivellesplatz und die Umbenennung des Wattenscheider Rathausplatzes in „Betti-Hartmann-Platz“ sind untrennbar mit seinem Namen verbunden.

Mehrfach wurde Hannes Bienert und seine Familie Opfer von Nachstellungen und Provokationen von Neofaschisten. Im Jahr 2005 belegte



ein Bochumer Gericht sein Engagement in einem skandalösen Urteil mit einer Geldstrafe.

Hannes Bienert war immer auch der Internationalen Solidarität verpflichtet. Als „Väterchen Frost“ besuchte er zum Beispiel Einrichtungen von Flüchtlingen und beschenkte deren Kinder mit vorher bei Geschäftsleuten gesammelten Spielzeug und Süßigkeiten.

Hannes hatte noch eine ganz Reihe von Plänen. So arbeitete er an einem „Antifaschistischen Stadtplan Wattenscheid“ und war schon aktiv, einen Platz oder eine Straße nach Wattenscheids erstem Oberbürgermeister Hans Noll (KPD) benennen zu lassen.

Hannes Bienert ist gestorben. Wir werden einen streitbaren Freund, konsequenten Pazifisten und Antifaschisten in Erinnerung behalten.

Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Burgis, seiner Tochter Nadine und den weiteren Angehörigen.

Bochum, 29. Oktober 2015



Hannes (im Rollstuhl) bei einer Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus im Mai 2015 im Stadtpark

## Gedenken

## Gedenken an die Opfer des Faschismus am 13. September 2015

## Opfer des Faschismus

Wie schon in den Vorjahren fand die traditionelle Gedenkfeier der VVN-BdA auch in diesem Jahr am 2. Sonntag im September auf dem Ehrenrundplatz des Friedhofs Freigrafendamm statt.

Der „Gedenktag für die Opfer des Faschismus“ war unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg die erste gesamtdeutsche Erinnerung an alle Opfer und Verfolgte der faschistischen Diktatur.

Die Ansprache auf der diesjährigen Veranstaltung hielt Falk Mikosch, Landessprecher der VVN - BdA NRW. Der Redner ging insbesondere auf die Frage ein, warum

Krieg und Faschismus heute wieder für die Herrschenden zu einer Option geworden sind. Zum Schluss seiner Ansprache zitierte Falk Mikosch aus „Ein Brief im Zorn (Wehret



Euch!)“ von Jürgen Todenhöfer und trug das Gedicht „Der Tote“ von Erich Mühsam vor.

*Siegfried Evers*

## Gedenkveranstaltung zum 77. Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November

Thematisch wird es diesmal um den 80. Jahrestag der Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze“ gehen.

Um 15.00 Uhr am 9.11. werden zwei Rundgänge zu den Stolpersteinen angeboten:

- Dr. Hubert Schneider, Verein Erinnern für die Zukunft e.V.: Treffpunkt Kunstmuseum Kortumstr. 147.
- Wolfgang Dominik/Michael Niggemann, VVN - BdA Bochum: Treffpunkt auf dem Springerplatz, Hausnummer 29.

Beide Rundgänge führen an etlichen Stolpersteinen vorbei, an denen Informationen über die Menschen gegeben werden, denen durch die Stolpersteine gedacht werden soll.

Beide Rundgänge enden rechtzeitig am Ort der Gedenkveranstaltung um 17.00 Uhr an der Harmoniestr./Ecke Dr. Ruer-Platz.

Das sonstige Rahmenprogramm zum diesjährigen 9. November findet sich auf unserer Homepage.

## Reker-Attentat

### Haftbefehl gegen Angreifer

Köln. Nach der Messerattacke auf die neue Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker ist Haftbefehl gegen den Angreifer erlassen worden.

Die Bundesanwaltschaft wirft dem 44-jährigen versuchten Mord und gefährliche Körperverletzung aus fremdenfeindlichen Motiven vor. Er habe sich Reker gezielt als Opfer ausge-

sucht, um »ein Klima der Angst« bei allen in der Flüchtlingshilfe Engagierten zu erzeugen, teilte die Behörde am Mittwoch mit.

(jW)

## Antifaschistische Stadtrundgänge

Im Rahmen der Gedenkveranstaltung zum 77. Jahrestag der Reichspogromnacht bietet die VHS folgende Stadtrundgänge an:

**Sonntag, 08. Nov., 14<sup>00</sup>-16<sup>15</sup> h:**

### Jüdisches Leben in Bochum

Am Beispiel Ottilie Schoenewalds lässt sich manches über jüdisches Leben in Bochum während der Weimarer Republik, während und nach der faschistischen Herrschaft in Deutschland erfahren. Der Stadtrundgang wird an einigen Orten und Stolpersteinen in der Innenstadt aufzeigen, wie die Diskriminierung, Verfolgung, Flucht oder Deportation und Ermordung jüdischer Menschen in Bochum abgelaufen ist. Was wusste die Mehrheitsgesellschaft in Bochum vom Schicksal der jüdischen Mitbürger/innen? Welche Vorurteile haben an den antisemitischen Maßnahmen mitgewirkt? Welchen Widerstand dagegen gab es?

**Treffpunkt: Rathaus Bochum, an der Glocke**

5,- Euro / 3,- Erm., Wolfgang Dominik

**Sonntag, 22. Nov., 14<sup>00</sup>-16<sup>15</sup> h:**

### Alle Räder rollen für den Sieg – Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit in Bochum

Viele Bochumer Betriebe mussten spätestens mit Beginn des 2. Weltkriegs ihre Produktion auf kriegswichtige Güter umstellen. Im Verlauf des Krieges wurde die Kriegsproduktion nur mit dem zahlreichen Einsatz von Zwangsarbeiter\*innen aufrechterhalten.

Auch in Stahlhausen befinden sich auf unserem Rundgang etliche Stolpersteine.

Am Beispiel des Bochumer Vereins – einem NS-Musterbetrieb – soll ein Eindruck von Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit vermittelt werden.

**Treffpunkt: Gewerkschaftshaus, Alleestr. 80**

5,- EUR, 3,- Erm., Wolfgang Dominik

Für die Stadtrundgänge bittet die VHS um Anmeldung unter der Tel.-Nr. 0234 / 910 - 1555

Weitere Infos zum Thema:  
[www.vvn-bda-bochum.de](http://www.vvn-bda-bochum.de)